

Posener Zeitung.

Nº 15.

Freitag den 19. Januar.

1849.

Z u l a n d.

Berlin, den 18. Januar. Se. Majestät der König haben Aller-
güldigst genehmigt: Den bisherigen Corps- und Ober-Auditeur Gün-
ther, bei dem General-Kommando des Aten Armee-Corps zu Mag-
deburg, zum ordentlichen Mitgliede des General-Auditorats mit dem
Prädikat eines Wirklichen Justizraths zu ernennen.

Der Ober-Landesgerichts-Professor Stellter zu Königsberg in
Preußen ist zum Justiz-Kommissarius für den Kreis Friedland, mit
Aufweisung seines Wehntches in Bartenstein, ernannt worden.

Der Vice-Ober-Ceremonienmeister Freiherr von Stillsried
ist nach Glogau abgereist.

Posen. — (Sitzung der Stadtverordneten vom 17. Januar.) Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. — Der Magistrat zeigt an, daß Herr Major v. Treskow als Stadtrath bestätigt und neulich auch schon eingeschürt worden sei. — Das Gesuch an den Minister des Innern, wegen Ausscheidens der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuer-
versicherungs-Verbande, vom Magistrat, der denselben beigetreten, übergeben, wird sofort vollzogen. — Das, aus den öffentlichen Blättern bereits bekannte, Ministerial-Rescript vom 28. December v. J., betreffend die Wahlen, ist von der Regierung dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung kommuniziert worden. — In die Einschätzungs-Kommission werden als neue Mitglieder erwählt: Herr Commissions-Rath Baarth und Herr Kaufmann Altmann, zum Stellvertreter Herr Kaufmann Abt. Auerbach. — Dem Voten der Stadtverordneten-Versammlung, Herrn Sesselmann, wird auf seine Eingabe eine Gratifikation von 15 Thalern bewilligt, desgleichen dem Musiklehrer Herrn Lechner, der den Knaben der Waisen-Anstalt unentgeltlich einen Gesang-Unterricht mit vielem Eifer ertheilt, eine Gratifikation von 20 Thalern. — Der Kämmereri-Kutscher Przytucki, der in der Cholerazeit viele Dienste geleistet und in großer Fürstigkeit lebt, und der Krankenwärter Wolniak sollen aus dem Cholera-Fonds, jeder eine Unterstützung von 10 Thalern empfangen. — Bei der Verpachtung der Stellen unter der Brodhalle sind 12 Stellen übrig geblieben. Der Zuschlag für die verpachteten Stellen wird ertheilt, gleichzeitig (nach dem Antrage des Stadtverordneten Mamroth) beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, daß er die vakant gebliebenen Stellen aus freier Hand, jedoch nicht unter 15 Thalern verpachten möge. — Herr Julius Bach, Pächter des Uferzolls, der mit der Summe von 215 Thalern im Rückstande geblieben, deshalb vom Magistrat verklagt und in erster Instanz verurtheilt worden ist, von der zweiten Instanz in dessen einen günstigen Spruch erwartet, bietet einen Vergleich an. Die Versammlung beschließt auf einen Vergleich einzugehen, wovon dem Herrn Bach überlassen bleibt, dem Magistrat entsprechende Vorschläge zu überlassen, deren demnächstige Genehmigung die Versammlung sich vorbehält. — Eine Reihe von Contingenzen wird ertheilt. — Der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Knorr beantragt im materiellen Interesse der Stadt Posen, die Versammlung wolle ein Gesuch an das Staats-Ministerium dahin richten, daß bei der mit dem 1. April d. J. in Kraft tretenden Organisation der Justizbehörden die Hypothekenbücher der adeligen Güter den Kreisgerichten nicht übergeben werden, vielmehr hier verbleiben mögen, bis die Geschäftsverwaltung der hiesigen Landschaft beendigt und die letztere selbst aufgelöst sein wird. Die Versammlung, mit Ausnahme des Herrn Mamroth und zweier anderen Mitglieder, tritt diesem Antrage bei und zur Entwerfung des betreffenden Gesuches wird eine Kommission aus den Mitgliedern Herren Müller, Wendlandt und Mamroth erwählt. (Letzterer behält sich vor, in derselben seine Gründe gegen den beabsichtigten Schritt näher zu entwickeln.) — Der Schriftführer Herr Hirsch stellt den Antrag, Magistrat und Stadtverordnete wollen dahn übereinkommen, daß hinfort in ihrem gegenseitigen Schriftwechsel das hergebrachte Titularwesen von Wohlköbeln u. s. w. wegsallen solle. Beide Theile, Stadtverordnete und der zahlreich vertretene Magistrat gehen sofort auf den Antrag ein. — Dasselbe Mitglied weist darauf hin, daß Herr Stadtverordnete Pilaski, der bei früherer Veranlassung gerade am energischsten gegen Einziehung einer Geldstrafe für wiederholte nicht genügend motivierte Versäumnisse der Sitzungen protestiert, in den letzten vier Sitzungen nach einander gescheitert habe. Er fragt deshalb bei dem Herrn Vorsteher an, ob das genannte Mitglied genügende Entschuldigungsgründe beigebracht habe, und was andernfalls der Vorsteher zu thun gedenke. Der Befragte erklärt die Entschuldigung des Mitgliedes für unzureichend und daß er sich vorbehalte, nach Maßgabe des bezüglichen §. 39. der Geschäftsordnung zu verfahren. — Der Vorsteher schließt darauf die Sitzung gegen 6 Uhr, nachdem er zuvor noch für die nächste Sitzung die Wahl eines neuen unbefohlenen Stadtrathes in der Person eines Schulmannes an die Stelle des dies Amt niederlegenden Herrn Professors Czwalina verkündigt hat.

* Posen, den 18. Januar. Der entscheidende Tag der Wahlen rückt uns immer näher; ein ernst Geschäft steht uns bevor, das einiger Sammlung bedarf, um des erwünschten Ziels nicht zu verfehlten. Über diesen Text ist nun aber schon so viel Erbauliches gesprochen und geschrieben, daß es Wasser ins Meer tragen hieße, die Fluth der Ermahungen und Betrachtungen, womit die verschiedenen Parteien das Land überschwemmen, noch um Eins zu

verstärken. Wir unterlassen es daher, die folgeschwere Wichtigkeit gerade der diesmaligen Wahlen des Breiteren hervorzuheben, indem wir der festen Überzeugung leben, daß die brausenden Stürme des vergangenen Jahres nachgrade doch die Wirkung gehabt haben müssen, die Gleichgültigkeit gegen politisches Leben zu brechen. Und wen die Macht der selbst erlebten Ereignisse aus dem andauernden Halbschlaf nicht aufzutüllen vermöchte, an den ist ja doch auch jedes weitere Wort verloren und in den Wind gesprochen. Den regsten Eifer für die wirkliche Mitbeteiligung aller zur Wahl Berechtigten nehmen wir als stillschweigende Voraussetzung; wer ohne den dringendsten Anlaß auf dem Wahlplatz zu erscheinen verabsäumt, lädet nicht geringere Schuld auf sich, als jener Pflichtvergessene, der beim allgemeinen Aufgebot sich still zur Seite drückt und dem Vaterlande den Tribut seiner Kräfte versagt. In der Zusammenfassung der Kammer soll ein scharf gezeichnetes Bild der Wünsche und Interessen, von welchen das Volk beseelt ist, der Regierungsgewalt vor Augen treten; alles was als lautes oder leises Verlangen im Schoße der Nation sich regt, soll im genauen Verhältniß der Dringlichkeit, im Verhältniß des größern oder geringern Anhanges, den es im Volle gefunden, sich eine richtig abgestufte, schwächere oder stärkere Stimmenzahl im hohen Rathe der Volksvertreter gewinnen. Hinter einem jeden Abgeordneten stehen so und so viele Tausende Urwähler, die in seinem Votum ihre einzeln verhallenden Stimmen zu einem einzigen mächtig angeschwollenen Ton verschmelzen lassen. Wie soll nun aber eine der Wirklichkeit angemessene Stimmenvertheilung herauskommen, wenn auf der großen Orgel, „Volkswill“ genannt, ganze Register oder auch nur einzelne Tasten willkürlich verstummen und den Ton versagen? Die innere Lebendthäufigkeit einer Nation, diese in tausendfältigen Contacten sich bewegende und doch harmonisch zusammengehaltene Aktion der Gemüther, bildet eine so großartige Fuge, wie kein sterblicher Componist sie zu ersinnen vermöchte; denn der schaffende Geist der Geschichte hat selber sie gedichtet. Der gesetzgebenden Gewalt liegt es ob, diese Composition naturgetreu zu erfassen, ihren Rhythmus in Wörtern zu fixiren und so die eigene in ihm selbst ruhende Norm, welcher der Volksgeist gehorcht, als ein aus der Verbogenheit zu Tage gefördertes Gesetz desselben offenkundig darzulegen. Aber nur so wen als sie laut wird und sich dem Ohr mit überwiegender Schärfe vernehmlich macht, kann diese innere Stimme sich Geltung verschaffen. Die Majorität diktiert das Gesetz, ihre Lessart muß als die allein richtige betrachtet werden, und wird auch immer als die allein richtige in Wirklichkeit sich bewähren, wenn jeder Urwähler das Seinige dazu beigetragen hat, die Erzeugung einer falschen Majorität zu verhüten. Es gibt für ein Land kein größeres Un Glück als eine gesetzgebende Majorität, die Recht behält und doch nicht Recht hat, welche Gesetze erhebt, die nicht die ächten, dem Volksgeist selbst entsprossenen Gesetze sind, und dadurch die Lebensfähigkeit der Nation in eine widerstreitende Richtung hineinzwingt. Ein so geschöpftes Gesetz muß vermöge der legalen Form seiner Entstehung bis zu seiner etwaigen Beseitigung auf eben so legalem Wege immerhin sich die volle Achtung erzwingen, wie sehr auch das Bewußtsein gegen den Inhalt sich sträubt. Aber in diesem Zwiespalt zwischen Form und Inhalt wurzelt die Spannung der Gemüther, welche auf ihrer Höhe zum Wahnsinn führt und in der Raserei des revolutionären Ausbruchs sich entlädt, um gewaltsam den Umsturz des formell gesetzlichen und doch unerträglichen Zustandes herbeizuführen. Denke darum keiner mit fahrlässiger Verzichtsleistung auf sein Wahlrecht, daß die einzelne Stimme eines Urwählers nur wenig ins Gewicht falle, und ohne Schaden zurückbleiben könne. Die eine ausbleibende Stimme verstärkt die Gegenpartei um einen doppelt so großen Zuwachs; die richtige, dem wahren Volksleben entsprechende Harmoniebildung des Reichstaates wird, wenn eine solche Laiigkeit erst Eingang gefunden, vollkommen gestört; die Physiognomie der Volksvertretung zeigt dann nicht mehr das ächte, sondern ein verschobenes, verzerrtes Bild des außerhalb der Kammer sich bewegenden Originals, es entstehen Scheinmajoritäten mit allen in ihrem Gefolge vor kommenden Nebelständen. Die Befreiung an den Wahlen ist demnach eben so sehr eine Pflicht als ein Recht, und wer die Ausübung verabsäumt, verstößt nicht bloß gegen sein eigenes, persönliches Interesse, dessen Vertretung schwächer aussfällt als es sollte; die Verleugnung reicht weiter, und erstreckt sich mit ihren Wirkungen bis zu einer Tiefe, die sich jeder klaren Berechnung entzieht.

○ Aus dem zu reorganisirenden Theile der Provinz, den 16. Januar. Bekanntlich müssen die Geistlichen, die 500 Thaler jährlicher Einkünfte haben, zu den Neu- und Reparaturbauten der Pfarrgebäude beitragen, doch gab es bis vor vier Wochen nur sehr wenige, die sich eines solchen Einkommens erfreuten, und die Last der Neu- und Reparaturbauten ruhte einzig und allein auf dem Patron und den Eingepfarrten, denen man das „liebe Gottes-Wort“ so vertheilte und veileidete, als den Bewohnern Erfurts vor Jahr und Tag das Salz. — Jetzt indeß, wo es sich um die Wahlen für die I. Kammer handelt, tauchen Geistliche mit 500 Thlr. Gehalt, wie Pilze aus der Erde, auf, und es frägt sich nun, sind dieselben wirklich berechtigt, an den Wahlen Theil zu nehmen? Wir würden die Frage bejahen, dabei aber voraussetzen, daß durch die zeitige Erklärung sich die Geistlichen entsprechender Verpflichtungen für die Zukunft unterziehen. Aus diesem Grunde hoffen wir auch, daß nächstens die Fünfhunderthalter-Männer auch in angemessener Weise zu den Steuern herangezogen werden.

Berlin, den 16. Januar. Das „Central-Comité für volksthümliche Wahlen im Preussischen Staate“ sucht als Organ der Einfluss besonders durch Flugblätter zu wirken, die es verbreitet. Diese Blätter sind in populärem Tone gehalten und besprechen sowohl ver-

schiedene Punkte der Verfassung vom 5. December als der Verwaltungsmäßregeln der Regierung. Daß dabei die Finanzfrage eine Hauptrolle spielt, versteht sich fast von selbst. Ergiebigen Stoff zur Besprechung liefert dabei besonders der bekannte Bericht des Finanzausschusses der Nationalversammlung, wo einzelne berüchtigte Liquidationen, wie die für die Reise von Berlin nach Sanssouci so wie für andere Reisen, etwas leichtes Spiel machen. Wunderlich aber klingt es, wenn diese Männer des Central Comité's, die doch auch für die arbeitenden Klassen schreiben und gerade unter diesen wirken wollen, wenn sie als verschwenderische Ausgabeposten aufzählen die Summen, die für höhere Bauten ausgegeben sind. Als ob nicht gerade dadurch in der schönsten und edelsten Weise die Staatseinfüsse dem zahlenden Volke wieder zu Gute kämen.

Von der Expedition desselben Central-Comité's wird noch ein Flugblatt ausgegeben: „Brennöl's Wahl-Bericht. Politisches Gespräch vom Freiherrn von Weiher-Nimptsch, Major a. D. Kammerherrn u. c.“ Wenn man nicht bestimmt wählt, daß dieser Freiherr, Major und Kammerherr sehr nach links weist und eine Rolle ungefähr wie Graf Reichenbach oder die anderen demokratischen Grafen spielen zu wollen scheint, so würde man zu dem Gedanken hingesträngt, er trete nur scheinbar auf Seiten des demokratischen Central-Comité's, um als vermeintlicher Freund im Heerlager der Demokraten desto größeren Schaden anrichten zu können. Dieses „politische Gespräch“ ist so unschicklich fad, so ohne jeden Schimmer von Witz, daß wenn noch zwei oder drei ähnliche Produkte unter der Hirne dieses Central-Comité's erscheinen, die Wirksamkeit desselben für immer vernichtet sein dürfte.

Berlin, den 16. Januar. (N. 3.) In dem Ministerio für die geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten wird zur Vorlage für die nächstens zusammentretenden Kammer ein alle Zweige des Unterrichtswesens umfassendes Gesetz vorbereitet. Dasselbe hat auch über die Schullehrerbildung die nötigen Festsetzungen zu treffen. Zur Vorbereitung des hierauf bezüglichen Theiles des Gesetzesentwurfes hatte der Herr Minister die praktische Erfahrung einzelner Direktoren und Lehrer an den Schullehrer-Seminaren entgegennehmen gewünscht. So fanden sich auf die an sie ergangene Aufforderung heute Vormittag 10 Uhr in dem Ministerialgebäude zusammen: Aus der Provinz Preußen der Direktor Hagelweide von dem evangelischen Seminar in Angerburg und der Direktor Hentschel von dem katholischen Seminar aus Brandenburg; aus der Provinz Pommern der Direktor Kandler von dem evangelischen Seminar in Kammin; aus der Provinz Posen der Direktor Nitsche von dem katholischen Seminar in Posen; aus der Provinz Schlesien der Direktor Fürbringer von dem evangelischen Seminar in Bünzlau, und der Oberlehrer Neudschmidt von dem katholischen Seminar in Breslau; aus der Provinz Brandenburg der Direktor Bornmann von dem Lehrerinnen-Seminar in Berlin und Lehrer Hinze von dem evangelischen Seminar in Berlin; aus der Provinz Sachsen der Lehrer und Mustdirektor Hentschel von dem evangelischen Seminar in Weisenfels; aus der Provinz Westphalen der Seminardirektor Vormbaum vom evangelischen Seminar zu Petershagen und der Direktor Köchling vom katholischen Seminar zu Büren; aus der Rhein-Provinz der Direktor Zahnh von dem evangelischen Seminar zu Meurs und der Lehrer Büscher von dem katholischen Seminar in Kempen. Der Herr Minister begrüßte die Versammlung mit einer Ansrede. Er bedauerte, daß die Verhältnisse es nicht gestattet hätten, auch diese Versammlung, wie andere in dieser Zeit zu ähnlichen Verhältnissen zusammenberufen, aus der freien Wahl der Lehrer hervorgehen zu lassen; er glaubte jedoch, daß in den nach seiner Wahl Einberufenen die verschiedenen auf dem vorliegenden Gebiet zur Erscheinung kommenden Richtungen vertreten seien. Er forderte nun die Versammelten zu freier Mittheilung ihrer Ansichten und Erfahrungen auf, und er hoffte, daß bei dem Eifer für die Sache und bei der Überzeugung von der Wichtigkeit derselben, die er bei den Versammelten voranzusehen sich berechtigt halte, er sich heilsame Erfolge für die Gestaltung und Fortentwicklung des Volksschulwesens von den bevorstehenden Berathungen versprechen dürfte. Der älteste der Angeredeten, Lehrer Neudschmidt, sprach darauf in einigen Worten dem Herrn Minister den Dank der Versammelten aus, und diese begannen darauf unter dem Vorzeige des Herrn Geh. Reg.-Rath Stiehl ihre Berathungen. Man vereinigte sich hent über die beiden Sätze: 1) Der Staat sorgt durch vollständig organisirte öffentliche Seminarien für die Bildung der Volksschullehrer. 2) Jede Provinz erhält die für sie erforderliche Anzahl von Seminarien, die aus allgemeinen Staats- oder Provinzial-Schulsonds unterhalten werden. Ein Seminar soll nicht mehr als höchstens 60 Jöglinge haben. — Die begonnene Berathungen werden täglich fortgesetzt.

— Das Staats-Ministerium soll den Beschluß gefaßt haben,

dass sämmtliche Behörden sich künftig in ihren Correspondenzen der Präsidate „Wohlöglich, Hochlöglich“ u. s. w. gänzlich enthalten sollen.

Berlin, den 17. Januar. Vor einigen Tagen ging durch verschiedene Blätter eine „Entblüssung der Wahl-Operationen der Demokraten“, in der Herr Waldeck für Berlin eine große Rolle spielte; gleichzeitig war ein wunderlicher Brief erwähnt, den Herr W. an den Redakteur der Oder-Zeitung in Breslau geschrieben haben sollte. Gegen diese Anklagen recht fertigt er sich heute durch folgendes Schreiben an den Redakteur der Spn. Ztg.:

„Sie haben in Ihrer Zeitung vom 9. Januar eine Bekanntmachung unter dem Titel: „Entblüssungen der Wahl-Operationen der Demokraten“, welche von „dem Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen“ erlassen sein soll, mitgetheilt. Alles, was dies Pamphlet über meine Thätigkeit bei den jüngsten Wahlbewegungen enthält, ist unwahr; ich weiß nichts von der Existenz eines hinter dem Comité für volksbüchliche Wahlen stehenden geheimen Ausschusses, bin nicht Mitglied eines solchen, und habe an der Leitung der Wahlsache hier in Berlin gar keinen Theil genommen, mir ist auch ein Plan für das Benennen der Abgeordneten in den künftigen Kammern gänzlich fremd, und die Existenz eines solchen unbekannt. Der vollständige Inhalt jener Bekanntmachung, welchen die Kölner und Schlesische Zeitung bringen, giebt über den böswillig lügenhaften Charakter desselben Aufschluß. Sie enthält nämlich die infame Verleumdung, ich habe den dort mitgetheilten Brief an den Redakteur der Oderzeitung geschrieben, welcher mir gänzlich unbekannt ist und an den ich nie ein Schreiben erlassen habe. Die moralische Versumpfung derselben, die sich solcher trostlosen Kampfmittel bedienen, macht einen betrübenden Eindruck für jeden, dem die politische Ausbildung unseres Vaterlandes am Herzen liegt.“) Waldeck.“

— Wer mit einiger Ausführsamkeit die Stimmung der hiesigen Bevölkerung in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen beobachtet, wird sich nicht verhehlen können, daß sich überall eine große Vorsicht gegen Einflüsterungen demokratischer Parteigänger fund giebt. Erstaunlich ist es insbesondere, wahrzunehmen, daß ein gewisser corporativer Geist in der Bürgerschaft erwacht ist, welcher endlich erkennt, daß die Bürgerschaft selbst aus ihrem eigenen Kreise Männer zu wählen im Stande ist, welche würdig sind, die Hauptstadt in den bevorstehenden Kammern zu vertreten. Es ist Thatsache, daß eine überaus große, und täglich mehr anwachsende Zahl von Bürgern, welche durch den Umfang ihres Gewerbebetriebes und durch ihre sonstigen bedeutsamen Eigenschaften sich der allgemeinen Achtung ersfreuen, zusammengetreten sind und beschlossen haben, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß nur Männer aus den Bürgern der Stadt gewählt werden. Wir wünschen diesen Männern Glück zu dem Wiedererwachen des Bewußtseins einer corporativen Kraft, welche seit den Märztagen leider so oft vermisst worden ist. Wir wünschen ihnen Glück dazu, daß sie sich lossgen von Einflüssen, welche der Stadt nicht angehören, und einer so großen städtischen Corporation gegenüber niemals hätten festen Boden gewinnen sollen. Es wird der Stadt zum Ruhm gereichen, nur ihre wackere Bürger als Vertreter auf den Bänken der Kammern zu sehen.

— Der Armeebefehl, welchen Se. Maj. der König am 1. d. M. an die Armee erlassen, wird jetzt auf Kosten mehrerer zusammengetretenen Patrioten mit summen allegorischen Verzierungen auf einem besonderen Blatte abgedruckt und dann zum Andenken an die Armee vertheilt werden.

— Die von den Herren Hänel und Schumann in Moabit angeregte menschenfreundliche Idee zur Begründung einer Preußischen National-Invalidenkasse, findet großen Anklang. Nach einer Berechnung dürften ungefähr 82,000 invalide Arbeiter in Preußen jene Kasse in Anspruch nehmen. Letztere soll ihre Geldkräfte nicht nur aus Collecten, Legaten und Unterstützungen des Staates, sondern hauptsächlich aus dem monatlichen Beitrag von 6 Pfennigen eines jeden Arbeitsfähigen ziehen.

— Die Obergerichte werden nach der neuen Organisation der Gerichte in Zukunft den Namen Appellationsgerichte führen müssen. Das Kammergericht hat der künftigen Annahme dieses Namens schon jetzt dadurch vorgebeugt, daß es bei dem Justizminister um Beibehaltung des Namens Kammergericht vorstellig geworden sein soll. Als Grund soll das Alter dieses Namens, und die Achtung, in welcher das Kammergericht stets nicht nur beim Preußischen Volke, sondern auch beim Auslande gestanden, angeführt worden sein.

Lübeck, den 14. Januar. Nach der „Vörs.-H.“ besteht die Lübeckische Aderei zu Anfang dieses Jahres aus 73 Schiffen, von zusammen 5,185 Tonnen Last. Außerdem sind auf den Werften im Bau 2 Fregatten, 2 Barken, 1 Brigg und 1 Schoner. — Eine interessante Deutschrift: „Lübecks nordischer Handel, unter Berücksichtigung seiner Bedeutsamkeit für die Deutsche Fabrikation,“ nach amtlichen Quellen bearbeitet, ist jetzt erschienen und soll dazu dienen, die complicirten Interessen darzustellen, welche Lübeck bei der Zollvereinigung zu berücksichtigen hat. — Es erscheint hier unmöglich, auf unserem Gebiet das Heer um 2 p.C. zu vermehren. — Der Senat hat über die Publikation der Grundrechte ernsthafte Berathungen gepflogen, doch haben dieselben noch zu keinem Resultate geführt.

Altona, den 15. Jan. In Schleswig mehnen sich die Proteste gegen einen Frieden, dessen Basis eine Trennung Schleswigs von Holstein wäre. Deshalb sind Adressen an die Frankfurter Nationalversammlung von dem Stadtkollegium von Tönning, den Landesfürsten Cösterstadt und Stapelholm, auch aus Flensburg und Husum abgegangen. — Ein nach Tönning gehörender Schoner soll von den Dänen aufgebracht worden sein. Wieder ein Beispiel des Waffenstillstandsbruchs.

Aus Schleswig-Holstein, den 15. Jan. Der Gedanke

*) Die Glaubwürdigkeit des von demselben Verein mitgetheilten Schlachtplans der Demokraten (s. voriger Zeit) ist nach solchen Präzisionen leicht zu ermessen.

einer Sonder-Constituirung des Herzogthums Schleswig zwischen Holstein und Dänemark findet in den Herzen der Landesbewohner den lebhaftesten Widerspruch; dies giebt sich fund in den Manuskripten, welche sich in Holstein, wie in Süd- und Nord-Schleswig durch zirkulirende Adressen, die an das Reichs-Ministerium und unmittelbar an die Friedens-Unterhändler in London abgesandt werden sollen, äußern. Was dieser Entrüstung einen tieferen nationalen Halt gewährt, ist eine von der als dänisch gesetzten verschrienen Stadt Flensburg gestern nach Frankfurt gesandte, mit einigen Tausend Unterschriften versehene Adresse, in welcher es ausgesprochen ist: „die Reichsversammlung und das Reichs-Ministerium wollen darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedens-Abschluß Schleswig in seiner Verbindung mit Holstein als Theil des Deutschen Bundesstaats anerkannt werde.“ Das man andererseits auf jedwede Eventualität sich vorzubereiten für gut findet, zeigt die rastlose Thätigkeit in der Artilleriewerkstätte in Rendsburg, die Befestigung des Kieler Hafens u. s. w.

Wie wir hören, ist von einem Schleswiger Parlaments-Abgeordneten in Frankfurt die Ausmerksamkeit des Reichsministeriums auf den zur Anlage eines Kriegshafens vorzüglich geeigneten Flensburger Hafen gelenkt worden; es sind auch bereits einige Schreiben vom Reichsministerium an den Flensburger Magistrat eingelaufen, welche anfragen, ob sich der dortige Hafen zur Errichtung einer Flottestation qualifiziere und ob die Werste der Art sind, daß Fregatten von 40 bis 60 Kanonen und Dampfschiffe ersten und zweiten Ranges auf demselben gebaut werden könnten. Das von patriotischer Gestaltung durchglühte „Kastino“ in Flensburg hat diese Angelegenheit zu der seiningen gemacht und aus seiner Mitte eine Marine-Kommission gewählt, welche sich mit besonderem Eifer der Prüfung dieser reichsministeriellen Vorfrage zu unterziehen beabsichtigt.

Frankfurt a. M., den 13. Jan. (Deutsche Ztg.) 151ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Vorsitzender Präsident Ed. Simson. G. Beseler erklärt die §§. 2. und 3. als wesentlich für den Deutschen Bundesstaat. Österreich aber wollte unverkenbar die Österreicheische Gesamt-Monarchie. Er giebt dem ministeriellen Programme seine Zustimmung und schließt mit der Mahnung: Es ist die erste Stunde und die Feinde sind ringsum. Zur That, welche die Deutschen Fürsten und Völker von uns erwarten, zur unerlässlichen That, damit die Einheit gewonnen werde! (Lebhafte Beifall.) Vogt von Gießen eisert in seiner bekannten Weise: Allerdings werde auf ein politisches Ungehüm hingesteuert, d. h. auf ein erbliches Kaiserthum. Das man einen Bundesstaat mit den Dynastien begründen gewollt, daran werde das Werk scheitern. Bei den Vertretern der Deutschen Kaiser-Idee sei keine Kraft der That. — Der Redner kommt zu dem trostlosen Resultate: Machen Sie also, was Sie wollen — es wird nichts daraus. Praktisch ist es ganz gleichgültig, was hier beschlossen wird, weil alle Geltung desselben gleich unpraktisch. (Allgemeiner Beifall von der Linken) v. Binske entwickelt in geistvollem Vortrage die Gründe, die ihn bestimmen, dem ministeriellen Programme vollkommen beizupflichten. Allgemeine Heiterkeit erweckt die Neuerung, daß es ihm durchaus nicht gelungen sei, aus den Erklärungen des Herrn v. Schmerling irgend einen bestimmten Gedanken herauszufinden. Weiter rechtfertigt der Redner die Preußische Regierung hinsichtlich der durch v. Würth gegen sie erhobenen Beschuldigungen. Herr v. Würth hat besonders den Malmöer Vertrag und hat ihn eine Schmach des Vaterlandes genannt. Wie habe er, damals und bis vor kurzem im Ministerium befindlich, dann jemals eine Maßregel vertreten können, über die er eine so bestimmte Meinung hatte? (Donnerndes Bravo, Beifall von allen Seiten des Hauses) spricht das Urteil über die gestrige Rede des Herrn v. Würth. Es sei geklärt worden, Friedrich Wilhelm IV. werde die Deutsche Krone nicht annehmen. Allerdings nicht kraft einer Usurpation, noch aber habe kein Hohenzollern sich seiner geschichtlichen Ausgabe entzogen. — Der Redner schließt mit den Worten: Ich endlich vertraue, es mag in Deutschland Fuß oder Fauer austallen, daß das Deutsche Volk gesunden Sinn genug haben wird, um den Spruch zu verstehen: Trachtet zuerst nach dem Reiche der Macht, dann wird Euch das Andere Alles zusallen! (Lebhafte Bravo von der Mehrheit, Bisschen von der Linken des Hauses.) Bald darauf wird die Sitzung auf eine Stunde, d. h. bis 3 Uhr Nachmittags vertagt. Den neuesten Nachrichten zufolge, war Abends 6 Uhr eine Abstimmung noch nicht erfolgt.

Frankfurt a. M., den 13. Januar. Die O. P. A. Z. bringt folgende Berichtigung: In der Extrablage zu Nr. 11. der „Oberpostamts-Zeitung“ heißt es: Ich habe gesagt, es sei unwahr, daß die Reichskommissäre am Abend des 5. December bei ihrer Heimkehr die octroyirte Verfassung auf dem Tische gefunden hätten. Diese ungenuine Darstellung ist geeignet, das wahre Sachverhaltniß zu entstellen. Herr v. Würth hatte behauptet: die Reichskommissäre hätten dem Ministerpräsidenten Graf Brandenburg am 5. December die Octroyirung der Verfassung abgerathen, und der Minister habe die Geneigtheit gezeigt, sie zu unterlassen; als sie aber nach Hause gekommen, hätten sie die Verfassung auf dem Tische gefunden. In diesem Verfahren würde eine Hinterlist des Preußischen Ministeriums, eine Geringsbührung der Centralgewalt in der Person ihrer Commissäre gelegen haben, und dies war auch die Pointe der Würthschen Darstellung. Ich habe Ausweis des stenographischen Berichts erklärt: Es sei unwahr, daß uns Graf Brandenburg am 5. Dec. die Geneigtheit gezeigt, die Octroyirung der Verfassung zu unterlassen, und wir zwei Stunden später die octroyirte Verfassung auf dem Tische gefunden hätten, wie dies auch die „Deutsche Zeitung“ richtig mitgetheilt hat. Unrichtig ist es ferner, daß Herr Simon von Breslau die Aussage des Herrn Würth bestätigte habe. Er hat gesagt, Herr Simon oder ich, oder wir beide, hätten ihm erzählt: der Minister Graf v. Brandenburg habe uns in einer längeren Unterhaltung, in der wir uns auch gegen eine octroyirte Verfassung ausgesprochen, nichts davon gesagt, daß die octroyirte Verfassung bereits gegeben sei, und als wir demnächst nach Hause gekommen, hätten wir im „Preußischen Staatsanzeiger“ die Verfassung gedruckt gefunden. Obgleich auch diese Mittheilung des Herrn Simon nicht genau ist, da in der von Herrn Simon erwähnten Un-

terhaltung auch nicht mit einer Sylbe von der Octroyirung der Verfassung, sondern von ganz andern Dingen die Rede war, so ist doch die Differenz zwischen der Darstellung des Herrn v. Würth und derjenigen des Herrn Simon sehr leicht erkennbar. Hergenhahn

— Auch Sachsen hat sich für Preußen erklärt. Die „Ober-Postamts-Zeitung“ meldet: Wir erfahren so eben aus zuverlässigster Quelle, daß sich die Königl. Sächsische Regierung dahin erklärt hat, daß sie, da die bedeutenderen süddeutschen Staaten das mit einverstanden schienen, auch ihrerseits kein Bedenken habe gegen die Übertragung der einheitlichen Oberherrschaft über Deutschland an die Preußische Krone. Für den Fall jedoch, daß ein ernster Widerstand von Seiten Süddeutschlands eintrete, würde sie wenigstens wünschen, daß die Reichsregierung zunächst ohne Erblichkeit auf die Person des Königs von Preußen übertragen werde.

— Die glänzende Rede, welche Herr von Binske in der eben beendeten Debatte in der Paulskirche gehalten, droht ihn abermals in einen persönlichen Streit zu verwickeln. Herr S. Deutsch aus Wien, der bekannte, thätige Mitarbeiter der Reichstagszeitung, wütet in einem an den genannten Abgeordneten gerichteten Schreiben, weil derselbe in seiner „Königl.-Preußischen“ Rede die „glorreiche Oktober-Erhebung in Wien in der Meinung des Publikums dadurch zu trüben gesucht, daß er sie als durch Ungarisch-polnisches Gold hervorgerufen bezeichnete.“ „Der Unterzeichnete — mit dieser indirekten Provokation schließt das Schreiben —, der das Glück hatte, an dieser Bewegung Theil genommen zu haben, könnte Ihnen das Ungefundene Ihrer Vermuthung aufs Schlagendste beweisen, wenn Sie, Herr Ritter, nicht unlängst dargethan hätten, daß Sie für jede praktische eindringliche Beweisführung nicht Berechnungsfähigkeit genug haben.“ Das Weitere steht zu erwarten.

Koburg, den 11. Jan. Nachdem vorgestern der hiesige Bürgerverein eine mit mehreren Hundert gegen 2 Stimmen beschlossene Adresse, welche sich für erbliche Übertragung der Deutschen Kaiserkrone an die Krone Preußen ausspricht, nach Frankfurt abgesendet hat, ist heute in der hiesigen Abgeordnetenversammlung mit entschiedener Stimmenmehrheit eine Adresse in gleichem Sinne beschlossen worden.

Gotha, den 15. Januar. Der hiesige Bürgerverein (800 Mitglieder), der Innungsverein (800 Mitgli.) und der Gesellenverein (2000 Mitglieder) haben unter dem 9. Januar eine drohende Protestation an die Frankfurter Versammlung erlassen, weil diese die Wünsche und Forderungen des Bürgerstandes gänzlich mißachte. — In unserer Abgeordnetenversammlung wurde beantragt, die Deutsche Reichsversammlung zu veranlassen, ihren Sitz hierher zu verlegen. Die Grundrechte sind, sammelnd dazu gehörige Einführungsgesetze publiziert worden und die Abgeordnetenversammlung wird dieselben nächstens unserer neuen Verfassung einverleiben. — Im Herzogthum Gotha, das 104,000 Einwohner hat und jetzt 700,000 Thaler jährliche Kämmer- und Steuereinkünfte besitzt, betrug der Aufwand für das Herzogliche Haus und die Hofhaltung im Jahre 1848 218,762 Thlr., vor 14 Jahren kaum die Hälfte davon. In ähnlichem Verhältniß haben sich die Schulden des Landes vermehrt. — In Altenburg spricht sich die Stimme des Volkes laut für ein Ausschließen an Sachsen aus.

Meiningen, den 12. Jan. Nachstehende, vom hiesigen Bürgerverein ausgehende und mit zahlreichen Unterschriften von Personen jedweden Standes bedeckte Adresse wird in diesen Tagen an die Deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt abgesendet werden:

Hohe Nationalversammlung! Der Augenblick der Entscheidung ist herbeigekommen. In einigen Tagen werden die Abgeordneten des Deutschen Volkes zu bestimmen haben, wer an die Spitze des neuerrichteten Deutschen Reiches treten solle. Dabei muß es sich entscheiden, ob wir Deutschen gelernt haben, Sonderinteressen und verjährte Vorurtheile dem Wohle des Allgemeinen zu opfern. Denn von der Wahl des Reichsoberhauptes wird es abhängen, ob die eben vollendete Verfassung ein Blatt Papier oder eine Wahrheit sein soll. Die Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, als Deutsche Bürger der hohen Nationalversammlung ihre Überzeugung, als Wunsch und Bitte, an das Herz zu legen, indem sie sich übereinstimmend mit den vielen schon eingegangenen Adressen dahin aussprechen: es möge die Krone Preußens an die Spitze Deutschlands gestellt und mit der erblichen Würde des Reichsoberhauptes bekleidet werden. Denn nur der größte, rein Deutsche Staat an die Spitze gestellt, wird das Deutsche Reich nach Außen mächtig, und nur die erbliche Würde die Regierung stark machen zu kräftiger Durchführung der Reformen im Innern. Die hohe Versammlung wird entscheiden; möge ihre Entscheidung dem Vaterlande segenbringend sein.

München, den 13. Jan. Der Legationsrat Frhr. v. Arentin ist heute mit einer besondern Sendung an das Österreicheische Kabinett nach Olmütz gereist. Diese Sendung bezieht sich wahrscheinlich auf die Deutsche Frage, wie auch die Minister Konferenz, von welcher wir neulich meldeten.

Von der Lahr, den 10. Januar. Es sind von hier in diesen Tagen zwei Adressen an die Reichsversammlung nach Frankfurt abgegangen, unterschrieben von Männern der verschiedensten politischen Ansichten, wovon die eine, sich der Erklärung des vaterländischen Vereines in Karlsruhe anschließend, sich gegen die Bestrebungen der Freihandelsmänner ausspricht. Die andere erklärt sich in sehr würdiger und energischer Sprache für ein erbliches Konstitutionelles Oberhaupt in Deutschland, und für die Übertragung dieser erblichen Gewalt an Preußen. Es heißt darin u. a.: „Zumal wir Bewohner Badens sind aufs dringendste aufgefordert, mit unsern heiligsten Wünschen ein kräftiges, einiges Wasserland herbeizurufen, und um dieses Kleinod zu erringen, die schwersten Opfer nicht zu scheuen, — denn wir in den Westmarken, an den Grenzen Frankreichs, von wo offenbar zunächst wieder Gefahr droht, wir wären die ersten wieder den schwäbischen Einfällen des übermächtigen Feindes blosgestellt, wenn zur ewigen

Schande des Deutschen Namens die alte trostlose Zeit des politischen Blödsinns und der chłoschen Fremdenbhuleri, welche kein Ehrenmann mehr ertragen würde, über unser unglückliches Vaterland hereinbrechen sollte. Und wenn in Baden zuerst die unseligen republikanischen Sonderbestrebungen zu Tage kamen, so war wohl, wenigstens bei den edleren Elementen derselben, eben die Ansicht hiezu bestimmend, daß mit den Königlichen Thronen und den dynastischen Interessen ein einiges Deutschland zu versöhnen nicht möglich sei.“ In Bezug auf Österreich vertrauen die Unterzeichner der Adresse, daß die Herstellung einer innigen Wechselbeziehung und einiger Eidgenossenschaft der Vaterlandsliebe und Einsicht der National-Versammlung gleichfalls gelingen werde. So bewährt auch diese Adresse, wie der neueste Kammerbeschluß, wie warme Anhänger seiner Einheit und Macht Deutschland in seiner südwestlichen Bevölkerung besitzt.

Ein interessanter Todessfall hat sich am 30. v. M. zu Heilbronn ereignet, indem ein Mann von etlichen und 70 Jahren, der früher viel geistige Getränke zu sich nahm, in den letzten Monaten bedeutend erkrankt, sich deren natürlich enthalten mußte, des Morgens aus seinem Bett stehend, verbrannt gefunden wurde. Alle Anzeichen lassen vermuten, daß die Verbrennung durch Entzündung des Hauches oder dergleichen geschah; das Hemd war vorn herunter verbrannt, hinten nicht; eben so war das Bett nur wenig verkohlt. Vor dem Leibnam lag ein Häufchen Asche, und die Ohren flossen, wie das Haar dabei, bis auf die Knochen verbrannt gewesen sein.

Wien, den 14. Jan. (Schles. Ztg.) Gestern Abend war das Gerücht, daß außer dem Halle Klausenburgs die Unsrigen auch noch eine anderweitige Schlappe in Siebenbürgen und Serbien erlitten hätten, allgemein verbreitet, ohne daß bis jetzt eine Bestätigung oder Widerlegung erfolgt wäre. Es war der bekannte General Bem, welcher eine derartige Verstärkung der Insurgenten herbeiführte, daß Klausenburg aufgegeben werden mußte. Die Kolonnen des Obersten Jablonsky und Urban zogen sich gegen Bistritz zurück. Major Graf E. Quintin war in einem Gefecht bei Cziala geblieben. Oberst Urban hatte sein Corps aus der ihm drohenden Gefahr ohne irgend einen Verlust gerettet, und nach dem hierbei gelangten amtlichen Berichte bestand der Feind aus nicht mehr als 10—12,000 nur zum Theil regulären Truppen und ungefähr 15 Geschützen. Am wichtigsten erscheinen jedoch folgende Nachrichten, welche auf das Einschlagen einer conciliatorischen Politik hinweisen dürften. Den bei der Ungarischen Insurgenten-Armee befindlichen K. K. Offizieren und Soldaten ist eine nochmalige Frist von 14 Tagen zur straflosen Rückkehr unter ihre Fahnen gegeben worden; — ein großer Theil der in Ungarn konfiszierten Güter soll unter gewissen Bedingungen zur Entlösung der Ungarischen Banknoten und Entschädigung der schuldseligen Eigentümern verwendet werden. Wie schon erwähnt, ist die Aufregung über diese Frage unter dem hiesigen Handelsstande sehr groß und die Schlüttung derselben würde den so sehr gesunkenen Handelsverhältnissen wieder einigermaßen aushelfen. — Nach den neuesten Nachrichten aus Kremser war daselbst eine sehr düstere Stimmung vorherrschend. Ministerium und Reichstag erschienen trotz des eingefügten Weges zur Vereinbarung mehr als je mit einander zerfallen; die ministeriellen Salons waren fast ganz leer und es erschienen nur die extremen Auswege in Aussicht: Aufsondern stellte sich der Riß zwischen Bach und Stadion einer- und daß die am Reichstage durchgehenden Grundrechte die Saktion ersonders hervorzuheben, daß die Rede Sidon's für Abschaffung des Adels einen Glanzpunkt derselben bildete und sich in vielen hatte. Dahin gehörten u. a. die Worte: „Befreien Sie den Fürsten von den Fesseln des Adels, damit er sich mit Männern aus dem Volke umgebe. Schneiden Sie den Nachwuchs ab. Trachten Sie, daß in Österreich nur ein Stand ist: der treue Staatsbürgerstand. — Der edelste Demokrat, den je die Welt sah, dieser wahre König von Gottes Gnaden als Sohn Gottes, wurde von dem Adel seiner Zeit ans Kreuz genagelt. Der Adel stand unsere Pharisäer!“ — Auch Machalsky sprach vom pol. Standpunkte für die Abschaffung des Adels. — Die vorgestrige Sitzung (vom 12ten) war unerheblich und wurde ganz durch Verlesen von Anträgen, Reichstagsrechnungen u. a. ausgefüllt. Bestätigt ward der Antrag des Abg. Bittner, in den Reichstagsverhandlungen soviel als möglich Lateinische, Griechische, Französische und Englische Worte zu vermeiden. Einhellig unterstützt ward auch der Antrag des Abg. Smolka, sämtliche Rigorosen-, Prüfungs- und Displomsturen aufzuheben. Die nächste Sitzung findet den 16. statt, und an der Tagesordnung ist die weitere Diskussion über die Grundrechte. — Im Ganzen hat der Wind, der von Kremser seit einigen Tagen herüberweht, hier auch einige Misstimming hervorgerufen. Unter den unteren Volksklassen herrscht noch immer ein Geist des Trotz und der Widerspenstigkeit, wovon die öffentlichen Nachrichten täglich Belege geben. Noch immer finden sich verborgene Waffen vor. So wurde in einem Hause der Stadt vor gestern eine Muskete in einem Kellerloch versteckt gefunden. — Degen- und Stilettöcken auss strengste unterlagt worden.

Olmus, den 8. Jan. (Const. Bl. aus Böhmen.) Das Spanische Kabinett hat in Bezug auf die gegenwärtige Lage des Papstes Schreiben gerichtet:

Madrid, den 21. Dec. Verehrter Herr! Die Regierung Ihrer Majestät ist Willens, für den Papst Alles zu thun, was nötig erscheint, um das sichtbare Oberhaupt der Kirche in jenen Zustand der Freiheit und Unabhängigkeit, Würde und Ansehen zurückzuversetzen, welche die Ausübung seiner geheiligten Funktionen gebotenerisch erfordert. Deshalb wendete sie sich, unmittelbar nachdem die Nachricht zu ihrer Kenntniß gekommen war, der Papst habe sich gezwungen gesehen, von Rom zu fliehen, an die Französische Regierung, welche eben so bereitwillig geneigt zeigte, die Freiheit Sr. Heiligkeit zu unterstützen. Allein diese Unterhandlung kann heute für unzulänglich betrachtet werden, wenn man die Wendung, welche die Ereignisse in der Hauptstadt des Kirchenstaates nehmen, ins Auge faßt. Es

handelt sich nicht mehr darum, die durch Uebergriffe der eigenen Untertanen bedrohte Freiheit des Papstes zu schirmen, sondern dessen Autorität auf feste und beständige Weise herzustellen, indem diese selbst gegen jeden Schein von Zwang gesichert wird. Ew. wissen sehr wohl, wie eifrig stets die Regierungen der katholischen Nationen gewesen sind, dem Oberhaupt der Kirche eine wahrhaft unabhängige Stellung zu sichern. Die katholischen Mächte haben sich immer als die Garanten der weltlichen Souveränität des Papstes betrachtet. Diese Stellung ist von solcher Wichtigkeit für die ganze Christenheit, daß sie nicht der Willkür eines so kleinen Theils der katholischen Welt, wie die römischen Staaten, preisgegeben werden kann; Spanien glaubt, daß die katholischen Mächte nicht zugeben dürfen, daß die Freiheit des Oberhaupts der katholischen Kirche dem Gutsdanken der Stadt Rom überlassen wird, und daß, während alle katholischen Nationen sich beeilen, dem Papste Beweise ihr erlesen Versehen darzubringen, eine einzige Stadt Italiens es wagen darf, seine Würde zu verlezen und den Papst in einem Zustand der Abhängigkeit zu versegen, der eines Tages mit dem Missbrauche selbst seiner religiösen Gewalt endigen könnte. Diese Betrachtungen bestimmten die Regierung Ihrer Majestät, die übrigen katholischen Mächte einzuladen, sich über die Art zu verständigen, wie die Nebel zu vermeiden seien, welche nothwendigerweise entstehen müssen, wenn die Dinge in dem bedauerungswerten Zustand, in dem sie sich heut zu Tage befinden, fortanen sollten. Um so läbliche Absichten der Verwirklichung entgegen zu führen, hat Ihre Majestät verordnet, sich an jene von Frankreich, Österreich, Bayern, Sardinien, Toskana und Neapel mit der Aufrichtung zu wenden, ihre Bevollmächtigten zu ernennen und gleichzeitig den Ort zu bezeichnen, welchen sie für die Zusammenkunft als den geeigneten ansiehen. In der Absicht, Verzögerungen zu vermeiden, erlaubt sich die Regierung Ihrer Majestät, diese Residenz oder jede andere der an der mittelländischen Meeresküste gelegenen Spanischen Städte zu bezeichnen, sowohl wegen ihrer entsprechenden Lage als wegen der Ruhe, deren sich die Halbinsel erfreut, und da es sich um ein rein katholisches Unternehmen handelt, dürfte Spanien sehr geeignet als Ort für diese Unterhandlungen erscheinen. Ich benutze diese Gelegenheit ic. (gez.) Pedro J. Pidal.“

Temesvar, den 27. December. Der von magyarischen Zusagen befestigte Bergort Vogján, aus welchen in letzterer Zeit einige Raubzüge gegen Lugos unternommen wurden, ist am Christabend von unseren Truppen nach einem hartnäckigen Kampfe eingenommen worden. Wer die Lage Vogjáns kennt und weiß, daß dieser Ort, vom Mittelgebirge eingeschlossen, nur durch einen Engpass, welcher durch Verhane unwegsam gemacht war, zugänglich ist, daß die den Eingang in das Thal sowohl, als auch die dasselbe beherrschenden Anhöhen mit schwerem Geschütz vom Feinde besetzt, der Ort selbst verschant und verbarrikadiert und von 1100 bis 1300 wohlbewaffneten Honvéds, mit welchen übrigens der größere Theil der Einwohner gemeinsame Sache machte, vertheidigt war, muß die Einnahme dieses Ortes mit so geringem Verluste als eines der gelungensten taktischen Manöver erkennen.

Zu gleicher Zeit mit Vogján ist auch der Bergort Neschiha gefallen, wodurch der revolutionären Stückgiererei ein Ziel gesetzt sein dürfte.

Aus dem Banat, den 6. Januar. Gleich nach dem Tode des Wojwoden Sublicz concentirten sich die Magyaren von der Werzer Seite in großen Massen und zogen in Eilmarschen bis Jakuba, wo sie mit Hülfe der Tabakauer, welche die Serbischen Verschanzungen ebneten, bis vor die Mauern von Panesowa rückten. Der Obercommandant der Serbischen Truppen, Oberst Mayerhoff, commandirte die Serben in drei verschiedenen Richtungen. Als der Feind auf Schußweite vor Panesowa ankam, ließ er diese Stadt mit Bomben und Kanonen beschließen. Der Panesowaer Lager-Commandant ließ nun den so nahe angerückten Feind mit Kartätschen empfangen, und der kriegserfahrene Kriegeran sicherte ihn zu umzingeln. Auf diesen unerwarteten Empfang gerieten die Magyaren in eine unbeschreibliche Verwirrung. Sie retirirten sich, von unserer geringen Truppenmacht verfolgt, mit Zurücklassung von drei Kanonen und einer Menge Todter und Verwundeter. Die magyarischen Truppen führte der General Kis an. Jetzt hat sich Kriegeran bei Uzdin gelagert und die Vorposten bis Idvor, zwei Stunden von Beeskow, ausgestellt. Draviza ist den Händen der Magyaren entrissen.

Semlin, den 5. Januar. General Theodorovich, ausgesondert vom Patriarchen, statt des verblichenen Wojwoden das Commando über das Kriegsheer in der Serbischen Wojwodschaft zu übernehmen, ist vorgestern hier eingetroffen und ging gestern nach dem Banate ab. Er hat an die Serben eine Proklamation erlassen, zugleich auch die Wallachen, die Deutschen und die katholischen Slaven ermahnt, daß sie mit den Serben gegen den Feind die Waffen ergreifen, denn er würde und morde ohne Unterschied auch die Deutschen, Wallachen, Slovaken ic.

A u s l a n d .

Frankreich.

Paris, den 13. Januar. National-Versammlung. Schluß der Sitzung vom 12. Januar. Der Schluß dieser Sitzung war außerordentlich stürmisch, namentlich in Folge der Vorwürfe Odilon Barrot's, daß sich die National-Versammlung mehr mit der Regierung als mit dem Verfassungswesen beschäftige, und daß sich ihr Patriotismus verirre. Die Worte, wobei der Tumult am stärksten losbrach, waren ungewöhnlich folgende: „Zwei Monate sind verflossen seit Proklamierung der Verfassung, zwei Monate sind verflossen seitdem Sie die wichtige Pflicht fühlen, noch die organischen Gesetze zu Ihrem Verfassungswerke hinzuzufügen, und ich frage Sie, welches

ist das organische Gesetz, das Sie votirt haben?“ Tumult, den endlich Marrast beherrschte, indem er im Namen der Versammlung erklärt, daß sie das restituerte Budget, so wie eine Menge nötiger Gesetze votirt und mehrere schwierige Kommissionen gebildet habe. Sie sei täglich vier bis fünf Stunden beschäftigt gewesen. Das Resultat der Abstimmung, wie es vom Präsidenten verkündet wurde, war, daß die Versammlung mit 404 gegen 401 Stimme beschlossen, den Rateauschen Antrag, wonach sie sich nach vorheriger Befürigung der beiden dringendsten organischen Gesetze, des Wahl- und des Staatsrathsgesetzes, am 19. März sich auflösen soll, in Betracht zu ziehen.

Sitzung vom 13. Januar. Vice-Präsident Corbon eröffnet um 2½ Uhr die Sitzung. Heckeren, einer der Sekretaire, liest das Protokoll vor. Bourusat, der darin zur Ordnung gerufen wird, protestiert dagegen. Marrast habe ihm nur mit dem Ordnungsruf gedroht. Soll berichtigt werden. Das Protokoll wird angenommen. Präsident: „Ichtheile jetzt das definitive Resultat der gestrigen Abstimmung mit. Da mehrere Mitglieder doppelt gestimmt, so ändert sich das Resultat folgendermaßen: Zahl der Stimmenden 796, absolute Mehrheit 399, für die Erwähnung des Rateauschen Antrages 400, dagegen 396. (Statt 404 gegen 401, wie es gestern hieß.) In Folge dieses Votums“, fährt Corbon fort, „zieht also die Versammlung den Rateauschen Antrag in Betracht und übergebt ihn einer Kommission, die ihren Bericht abzustatten hat.“ Etienne legt einen Rechnungs-Bericht über die Ausgaben der provisorischen Regierung für die National-Handwerksstädte nieder. Lacrosse, Minister der öffentlichen Arbeiten:

„Ich ersuche das Haus, diesen Gegenstand bald zu erledigen. Viele Rechnungen sind noch unbezahlte; die Leute verlangen ihr Geld, ich trage also auf schleunige Beratung an.“ (Ja! Ja!) Die Versammlung nimmt nun die gestern abgebrochene Salzdebatte wieder auf. Es handelt sich um eine von Luneau und Crespel de la Touche beantragte Änderung der Eingangsölle auf raffiniertes Salz des Auslandes. Randouing hält einen langen national-ökonomischen Vortrag, von dem aber nur wenig gehört wird, so groß ist das Geräusch. Präsident Corbon: Ich bitte diejenigen Mitglieder, die sich des Plauderns nicht enthalten können, es leiser zu thun oder sich in die Konferenz-Säle zu begeben. (Gelächter.) Randouing fährt in seinem Vortrage fort und beweist die Notwendigkeit möglichst hoher Schutzölle zu Gunsten der Nationalarbeit. Passy, Restner (Elsaß), Talon und Andere nehmen an der Debatte Theil. Man ruft: Zum Schlus! Villault verlangt die heimische Salzproduktion gegen die ausländische durch 3 und resp. 3½ Franken für 100 Kilogramme geschützt. Wird verworfen. Grandjean schlägt 2½ Franken vor. Gleichfalls verworfen. Meaulle und Glaiz Bizo in beantragen schärfere Kontrolle der Salzverkäufer. Wird nicht angenommen. A. Joudt beantragt eine parlamentarische Untersuchung der gesammten Salzverhältnisse in Frankreich. Desmesmay unterstützt diesen schon unter Ludwig Philipp bezweckten, aber nicht veröffentlichten Antrag. Luneau will eine administrative Untersuchung. Die Versammlung entscheidet, daß im Laufe dieses Jahres eine parlamentarische Untersuchung aller Salzverhältnisse stattfinden solle. (Allgemeines Gelächter) Ich bringe das Gesamtgesetz zur Abstimmung.“ Die Versammlung nimmt dasselbe an. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr geschlossen.

— Ueber die Großherzogin Stephanie aus Baden, die den Zeitungen zufolge berufen sein sollte, die Honneurs im Palast Glyzée-Bourbon zu machen, erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß dieselbe bis in die letzte Zeit bei ihren fürstlichen Verwandten in Heschingen sich aufhielt und von da nach Mannheim zurückzukehren gedacht, um später vielleicht ihrem Nassen in Paris einen Besuch abzustatten. Bis jetzt sieht sich der Präsident auf den guten Willen seiner Cousine, der Fürstin Demidoff, beschränkt. Diese schöne und liebenswürdige Dame lebt bekanntlich mit einem Jahrgehalt von 200,000 Franken, auf Befehl des Kaisers von Russland von ihrem Gemahle getrennt, und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß der Fürst sich nicht in derselben Stadt aufzuhalten darf, wo seine Gemahlin lebt, zur Strafe dafür, daß er die Ehe geschlossen hatte, ohne die Erlaubnis des Czaren dazu einzuhören. Die Fürstin in ihrem Wittewstande weiß sich indessen die Zeit so angenehm wie möglich zu machen: hauptsächlich spielt sie die Besucherin der Wissenschaften und der Künste und mehrere die Kunst betreffenden Verordnungen und Anstellungen sollen von ihr ausgehen. (D. R.)

— Gestern war großer Empfang beim Präsidenten. Anwesend waren außer den Mitgliedern der Familie Bonaparte die Herren Dupin und Argout, so wie eine Menge Damen. Madame Drouyn de Lhuys, die Gattin des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, näherte sich einem Blumenkorbe, der auf einem Gestell prangte und den die Arbeiterinnen des Faubourg St. Antoine dem Präsidenten zum Geschenk gemacht hatten, nebst einem gestickten Portrait, das ihm die gestrige Deputation mit der Blüte um Amnestie überreichte. Als Madame Drouyn de Lhuys an die Blumen roch, sagten einige in der Nähe stehende Deputierte, wie erzählt wird: „Das riecht nach Amnestie.“ „Ist möglich“, soll Herr Drouyn für seine Frau geantwortet haben, „aber Sie haben den Schnupfen.“

Italien.

Rom, den 6. Januar. Hier rüstet man sich zum Kriege. Ein Florenzer Blatt meldet: der Papst beabsichtige, Gaeta zu verlassen und eine Reise durch Frankreich und Deutschland zu machen, um die dort so sehr gefährdeten religiösen Gefühle wieder aufzurichten. — Die Auflösung der Regierungsjunta ist erfolgt. Auch Camerata hat sich, wie früher schon Corsini, zurückgezogen, und begibt sich zu seinem Verwandten, dem Präsidenten der Französischen Republik, nach Paris. Galletti allein kann sie natürlich nicht halten. Erfahmänner finden sich aber noch weniger, zumal sich der Geschmack der Römer an politischen Neuerungen als abgestanden erwiesen hat. Von 10- bis 11,000 Mann Bürgerwehr waren keine 200 zur Feier der Constituenten erschienen. — Zwischen der Lombardie und Piemont bereiten sich die Dinge täglich mehr zum Wiederbeginn des Krieges vor.

Florenz, den 8. Jan. Der Gesandte der Deutschen Central-

gewalt bei den Ital. Höfen, Dr. Hesseher, ist von Rom und der Preußische Gesandte bei dem päpstl. Stuhl, v. Usselom, aus Berlin hier eingetroffen.

Einem Schreiben aus Mailand vom 6. Januar entnehmen wir Folgendes: „Hier deutet alles auf einen nahen Wiederanbruch des Kampfes, und wie man sagt, soll der alte Marschall hierbei die Initiative zu ergreifen gesonnen sein. Am 3. d. wurde von den Mailändern der Jahrstag der ersten für die Revolution gefallenen Opfer gefeiert. Die Feier bestand darin, daß alle Läden gesperrt waren, Niemand arbeitete, und Damen und Herren in Trauer erschienen. Die Damen sieht man hier ohnehin seit der Wiederbesetzung Mailands durch die Unfrigen nie anders als in schwarzer Kleidung. Seit gestern ist die Grenze gegen das Piemontesische gänzlich gesperrt. Gleichzeitig hat der Marschall eine bedeutende Truppenmacht bei Piacenza zusammengezogen. Man meint, er habe diesen Punkt gewählt, weil von dort aus ein schneller Übergang, sowohl ins Toskanische, als ins Genuessche, am leichtesten ausführbar ist. Man spricht von einem geheimen Einverständniß des alten Marschalls mit dem ré bombardatore in Neapel, welcher gleichzeitig mit ihm die Feindseligkeiten gegen das Römische Gebiet begonne. Das Theater alla Scala, welches vor kurzem geöffnet wurde, wird fast nur von Offizieren und — besucht. Bei der ersten Vorstellung sah man Fledermäuse in den höhern Regionen des äußeren Schauplatzes umherflattern. Wie verlaufen, haben die Häupter der lombardischen Emigration vor Kurzem eine Zusammenkunft in Alessandria gehalten und beschlossen à tout prix aus ihres bisherigen Passivität heraus — und sofort thätig wirkend aufzutreten. Wenn wir säumen, hieß es, werden wir unser Vaterland aus den Händen der Barbaren nur noch als eine Wüste überkommen; denn daß sie es wieder überkommen werden, darauf zweifeln diese Leute nicht; wer aber die Österreichische Truppe sich betrachtet, die wohlgerüstet und kampfesmuthig den prahlerischen Lombarden-Ghess mit ihrem zusammengezafften Gestudel gegenübersteht, zweifelt hieran sehr.“

Vorposten bei Venedig, den 30. December. Die Regierung Venedigs ist ein Passquill auf jede Unternehmung dieser Art. Mit einigen Bataillonen von durch Fieber und sonstige Krankheiten zu Skeletten verwandelten Truppen ohne Geschütz und sonstige Kriegsmittel umgibt man diese durch ihre natürliche Lage zur stärksten Festung der Welt geschaffene Stadt auf meilenweite Entfernung, ohne hierdurch auch nur ihre Verbindung mit dem festen Lande abzusperren — ich will gar nichts von der Seeseite sagen, wo Venedig vollkommen offen und nicht einmal der kaufmännische Verkehr mit Triest abgeschlossen ist.

Zwischen der Lombardei und Piemont bereiten sich die Dinge täglich mehr zum Wiederbeginn des Krieges vor. Die zuerst auf den piemontesischen, dann auch auf den lombardischen Grenzen angeordnete Sperrung jeden Verkehrs, selbst des Briefwechsels und der gewöhnlichen Handelsverbindungen, ist eine Maßregel, die nicht lange aufrecht erhalten werden kann, ohne zu einem Bruche zu führen. Nach Genuener Blättern sind in Mailand die Truppen stets so bereit, wie eine Stunde vor der Schlacht.

Zugleich sollen gegen Venedig ernsthafte Angriffe gemacht werden. In den letzten Wochen wurde viel schweres Geschütz gegen Malghera geschafft, das immer enger umschlossen wird. Mittlerweile hat die Regierung in Venedig die Wahl einer permanenten Assemblea ausgeschrieben, welche den Staat repräsentieren soll. Auf je 1500 Einwohner kommt ein Repräsentant, in allem 128, wozu Venedig 33, Chioggia 9, die Truppen 9 sc. zu liefern haben. Wähler ist man mit 21, wählbar mit 25 Jahren. Die Wahlen sollen am 20 bis 23. Januar stattfinden; die Dauer der Assemblea ist auf sechs Monate festgesetzt.

Locales &c.

B. Posen, den 18. Januar. [Bemerkungen zur Einkommensteuer.] „Jeder Staatsbürger hat gleiche Rechte und gleiche Pflichten“; aus diesem Fundamental-Staatsgesetze folgt,

Zur Deutschen Flotte sind ferner bei dem Posener Comité eingegangen:

Von den Beamten des hiesigen Königl. Ober-Postamtes 8 Rthlr. 25 Sgr.; von den Beamten des hiesigen Königl. Kriminal-Gerichts 2 Rthlr. 5 Sgr.; von den Offizieren der 10ten Division 19 Rthlr. 20 Sgr.; durch den Obersten und Brigade-Kommandeur Herrn von Stein 3 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf.; durch den Major und Vataill.-Kommandeur Herrn von Borkowski zu Samter 116 Rthlr.; von dem Lehrer Herrn Tiebert 1 Rthlr.; von Herrn M. Löwisson 15 Sgr.; bis jetzt in Summa 697 Rthlr. 20 Sgr. Die Sammlung wird nur noch kurze Zeit fortgesetzt.

Nothwendiger Verkauf.
Land- und Stadtgericht zu Posen. Erste Abth. Den 6ten Juni 1848.

Das Krug-Etablissement der Tischlermeister Ernst und Julie Augustinischen Ehelente sub No. 10. zu Glowno, abgeschwägt auf 6263 Rthlr. 13 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuschendenden Taxe, soll

am 23sten Februar 1849 Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der dem Außenhalte noch unbekannte Gläubiger, der Bürger Martin Schilff, wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Die Inhaber Großherzoglich Posenscher 4% Pfandbriefe haben uns im vorigen Jahre in der Johannis-Besur 226,150 Rthlr. und in der Weihnachts-Besur 215,300 Rthlr. gekündigt.

Auf das erste Kapital empfingen dieselben im Zahlungs-Termine vom 2ten bis 16ten d. Ms. 224,150 Rthlr. 25 Sgr.; von den Beamten des hiesigen Königl. Kriminal-Gerichts 2 Rthlr. 5 Sgr.; von den Offizieren der 10ten Division 19 Rthlr. 20 Sgr.; durch den Obersten und Brigade-Kommandeur Herrn von Stein 3 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf.; durch den Major und Vataill.-Kommandeur Herrn von Borkowski zu Samter 116 Rthlr.; von dem Lehrer Herrn Tiebert 1 Rthlr.; von Herrn M. Löwisson 15 Sgr.; bis jetzt in Summa 697 Rthlr. 20 Sgr. Die Sammlung wird nur noch kurze Zeit fortgesetzt.

Auch machen wir die Interessenten, welche uns in der verlorenen Weihnachts-Besur 4% Pfandbriefe gekündigt haben, darauf aufmerksam, daß die bisher gestattete Zurücknahme der geschenken Kündigungen nur spätestens bis zum 1sten März e., infosfern die Landschaft dadurch keinen Verlust erleidet, berücksichtigt werden wird.

Schließlich seien wir die Mitglieder des Kredit-Vereins davon in Kenntniß, daß ungeachtet der für die Landwirthe so höchst kritischen Zeiten, die Zinsenrückstände von den Pfandbriefen bis Weihnachten v. J. nur 39,091 Rthlr. betragen, daß die Zinsen in der leichtgedachten Besur eben so günstig, wie an Johannis v. J. eingegangen sind, und daß die Kündigung 4% Pfandbriefe dem eigentümlichen Fonds der Landschaft keinen Nachteil verursacht hat und dieser aus 682,216 Rthlr. 19 Sgr. 10 Pf. besteht.

Posen, den 17. Januar 1849.

General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.
Dienstag den 23. Januar c. Vormittags 10

wie man glauben sollte, auch das Recht, daß bei allen Staats- und Kommunalsteuern Jeder nur im Verhältnisse des Vermögens oder Einkommens herangezogen werden dürfe. Dem ist jedoch bei der hiesigen Einkommensteuer nicht so.

Ein Beamter mit z. B. 1500 Thlr. Gehalt — nicht gerechnet die 2 bis 300 Thlr. Diäten, deren bei der Einkommensteuer gar nicht einmal Erwähnung geschieht — zahlt jährlich 10 Thlr. Der Gewerbetreibende hingegen muß von den mühsam erworbenen 1500 Thalern 36 Thlr., also mehr als das Dreifache zahlen, und eben so ungünstig stellt sich in allen Steuerklassen das Verhältnis der Einkommensteuer bei den Gewerbetreibenden, so wie bei Haus- und Grundbesitzern gegen den begünstigten Beamtenstand heraus.

Woher kommt endlich die Befreiung der Geistlichen und Lehrer, wenn diese 1000 bis 1200 Thlr. Einkünfte beziehen? wenn man auch den niedriger Besoldeten dieses Standes gern die bishergige Steuerfreiheit zugestehen möchte.

Sonderbar zum mindesten erscheint es ferner, daß ein aktiver Beamter nur von der Hälfte seines Gehaltes steuert, hingegen von der ganzen Pension besteuert wird, sobald er wegen Alter oder Hinfälligkeit pensioniert worden, und folglich das Doppelte und Dreifache des Betrages zahlen muß, den er bis dahin gezahlt hat.

Was nun insbesondere die lezte Posener Einkommensschädigung betrifft, so sagt das Reglement §. 11. Jedes angliche Eindringen in die Vermögensverhältnisse des Kontribuenten soll vermieden werden. Der Commission siehe es frei, von einzelnen Steuerpflichtigen die Angabe ihres Einkommens durch pflichtmäßige Selbstabstimmung zu erfordern.

Ist dieses geschehen? — ist der gesetzliche Grundsatz quisque bonus putatur donec contrarium probetur s. st. gehalten worden? oder nimmt man an — Jeder — ohne Ausnahme — würde sein Einkommen zu niedrig abschätzen?

Herner ist durch dasselbe Reglement §. 16. bestimmt, daß alle Veränderungen im Gewerbetrieb und den sonstigen Einkommensverhältnissen bei neuen Abschätzungen wohl berücksichtigt und demnach die Angaben resp. erhöht oder erniedrigt werden müssen.

Die Jahre 1846, 1847 und 1848 haben wahrlich den Wohlstand Posens nicht gehoben. Der Gewerbetreibende hat notorisch beim Sinken des allgemeinen Wohlstandes bedeutend gelitten. Die Hausbesitzer haben die Mietpreise um 20 bis 30 Prozent heruntergesetzt müssen, oder sehen ihre Wohnungen leer stehen. Wenn nun auch das Geiz auf das Leertreten einer Wohnung einstweilen bei Abschätzung nicht Rücksicht genommen wissen will, so kann dieses logisch nur von gewöhnlichen Zeiten verstanden werden, nicht aber von unseren abnormen, ungünstigen Zeiten, in denen es sich wohl ereignen kann, daß große Wohnungen Jahre lang unvermietet bleiben.

Ist dieser drückende Zustand der Posener Bürger, welche außerdem durch Gewerbesteuer, unerschwingliche Feuerkassenbeiträge, Grundsteuer in ihrem Einkommen beschränkt werden, bei der neuen Einkommensteuer pro 1849 berücksichtigt worden? Hat man Gewerbetreibende im Census, wie billig, zurückgestellt? Hat man die Einnahme der Hausbesitzer gegen sonst um 10 bis 20 Prozent niedriger angesetzt? Oder sind die allgemeinen Beschwerden der Posener Einwohner etwa ganz unbegründet?

! R. Mieszkow, den 17. Januar. Nachstehende Verordnung wurde hier mit Freuden begrüßt, weshalb wir dieselbe zu veröffentlichen, nicht Anstand nehmen. — „Die Vorstände der jüdischen Korporationen zu Czarnikau und Gnesen haben darauf aufgetragen, nunmehr auch die zu ihrem Gottesdienste bestimmten öffentlichen Gebäude von der Grundsteuer zu befreien. Da den Kunden gewöhnlich volle politische Rechte zugestanden sind, so muß diesem Antrage nachgegeben werden. Die Grundsteuerfreiheit wird demnach den Synagogen und öffentlichen Bethäusern, den jüdischen Gemeinden gehörigen Wohnungen der Rabbiner, jüdischen Armen- und Krankenhäusern und jüdischen Begräbnisplätzen zugeschlagen sein, kann sich aber auf die Badehäuser der jüdischen Frauen nicht erstrecken, da diese Häuser zu den zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmten und deshalb nach §. 13. a. der Verordnung vom 14. 44. wegen der Regulirung der Grundsteuer in der dortigen Provinz, grundsteuerfreien Grundstücken nicht gezählt werden können. Mit Bezugnahme auf die Verf. vom 30. Juni 1845 III. 13,264 wird die Königliche Regierung deshalb veranlaßt, baldigst eine Nachweisung der Rauchfangsteuer, welche von Synagogen und öffentlichen Bethäusern der Juden, von Dienstwohnungen der

Uhr sollen im Magazin No. I. hier selbst eine Quantität Roggenkleie, Roggen- und Hafer-Fee gekäuft, Kuhmehl &c. gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meissbietenden verkauft werden.

Posen den 17. Januar 1849.

Königliches Proviantamt.

Für die Mitglieder des Brüder-Vereins.
Sonnabend am 20. Januar c.
Beginn des Gottesdienstes 9½ Uhr,
= der Predigt 10½

In meine Weinhandlung wird ein Lehrling gesucht.

Carl Scholz.

Nach erfolgter Verlegung meines Wohnhauses von Gnesen hierher, zeige ich ergebnst an, daß mir die Königl. Regierung, Abtheil. des Innern hier, gestaltet hat, die am ersten Orte durch 30 Jahre betriebene Praxis als Hebamme hier fortzusetzen. — Meine Wohnung ist St. Martin No. 41. (Krug's Gasthof) 2 Treppen hoch.

Posen, den 10. Januar 1849.

F. Hesse, verw. gewesene Schmidt.

Von St. George d. J. ist die Gastwirtschaft in dem Kirchdorfe Cerekwica an der großen Straße nach Samter zu verpachtet; darauf Recklende wollen sich bei Herrmann Baarth in Posen, Dominikanerstraße No. 3, oder bei dem Besitzer in Cerekwica melden.

Rabbiner und von Häusern der jüdischen Korporationen auf deren Begräbnisplätzen zur Zeit der Ausführung der vorgedachten Verordnung entrichtet werden, einzureichen. Der gehörig geprüfte Betrag dieser Rauchfangsteuer wird von den Contingenten der betreffenden Gemeinden nachträglich abzuzahlen sein.

Berlin, den 28. November 1848.

Die Generaldirektion der Steuern, Kühne.

Marktberichte. Posen, den 17. Januar

(Der Schluß zu 16 Mrz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 27 Sgr. 9 Pf. bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. Kartoffeln 8 bis 9 Sgr. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schot 1 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garniz zu 8 Pfund 1 Rthlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.
--

Berlin, den 17. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26—27½ Rthlr. p. Frühjahr 82psd. 28½ Rthlr. Br., 28½ bez. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15—16 Rthlr., p. Frühjahr 48psd. 15½ à 15½ Rthlr. Rüböl loco 13½ à 13 Rthlr., p. diesen Monat 13½ à 13 Rthlr., Jan./Febr. 13 à 12½ Rthlr. Febr./März 12½ à 12½ Rthlr. März/April 12½ à 12½ Rthlr. April/Mai 12½ à 12½ bis 12½ Rthlr. Mai/Juni 12½ Br. Leinöl loco 12½ Rthlr., Lieferung p. April/Mai 9½ à 9½ bez. Spiritus loco ohne Gas 14½ Rthlr. bez. und G., p. Jan. 16 à 15 Rthlr., p. Februar 15½ à 15½ Rthlr., p. März 16 à 15½ Rthlr., p. Frühjahr 16½ Rthlr. Br., 16½ G.

Berliner Börse.

Den 17. Januar 1849.

	[Zinst.]	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	100½
Staats-Schuldscheine	3½	79½	79
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	97½
Kur- u. Neumärkische Schuldscheine	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	98½	97½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	84½	—
Grossh. Posener	4	96½	96
" " "	3½	—	80½
Ostpreussische	3½	—	—
Pommersche	3½	—	90½
Kur- u. Neumärk.	3½	91½	—
Schlesische	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	92½
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	92½
Friedrichsd'or	—	13½	13½